

Regierung, falls London seinen politischen "Fehler" nicht korrigieren würde.²⁵

London und Hongkong wiesen den Vorwurf Beijings zurück. Francis Maude, Staatsminister des britischen Außenministeriums, betonte: "Es handelt sich eindeutig nicht um eine Verletzung des Abkommens. Sonst hätten wir es nicht getan."²⁶ Ursprünglich wollten wohl sowohl die britische als auch die chinesische Regierung bei der Unterzeichnung der Vereinbarung von 1984 kein Aufenthaltsrecht in Großbritannien an BDTCs von Hongkong nach der Übergabe der Kolonie 1997 geben bzw. dulden. Aber im Vertrag ist nicht festgelegt, daß die britische Regierung den Hongkonger Chinesen keine volle Staatsangehörigkeit vor dem Stichtag des 1. Juli 1997 gewähren darf.

Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu Yu-hsi Nieh, "Chinesisch-britische Vereinbarung über Hongkong", in: *C.a.* Sept.1984, S.528 ff.
- 2) *Ta Kung Pao - Weekly Supplement* (engl.), Hongkong, No.938 (19.-25.7.1984).
- 3) He Li, "Zhengzhi - zhengduan xijuan Xianggang" (Ausbreitung des Streits um das politische System in Hongkong), in: *Jiushiniandai*, Hongkong, Sept.1985, S.14 ff.; Joseph Y.S. Cheng, "Hong Kong: The Pressure to Converge", in: *International Affairs*, Spring 1987, S.271 ff.
- 4) *DGB*, 21.10.1985.
- 5) He Li, "Guoduqi de xianjie nanti" (Die Schwierigkeit der Kombination mit der Zukunft während der Übergangsperiode), in: *Jiushiniandai*, a.a.O., Dez.1985, S.14 ff, hierzu S.16; Cheng, Anm.3, S.277; "Hongkong" in *Asia 1987*, Jahrbuch von FEER, S.137.
- 6) *DGB*, 23.11.1985.
- 7) "Hongkong", Anm.5.
- 8) Ebenda, S.140.
- 9) Dazu s. *C.a.* Mai 1987, Ü 39, S.378, Nov. 1987, Ü 45, S.858, Feb.1988, Ü 50, S.110.
- 10) *RMRB*, 21.7.89; *China Daily*, 1.8.89; *Liaowang*, Überseeausgabe, 21.8.89.
- 11) *RMRB*, 18.8.89; *DGB*, 16.-21.8.89, 29.9.-1.10.89; *FT*, 27.-28.9.89, *XNA*, 29.9.89; *C.a.*, Aug.1989, Ü 49, S.587, Sept.1989, Ü 56, S.693.
- 12) *XNA*, 6. und 24.10.89; *DGB*, 11. und 25.-26.10.89.
- 13) *DGB*, 11.11.89; *ZYRB*, 19.11.89.
- 14) *DGB*, 1., 3. und 28.11.89; *FEER*, 2.11.89, S.10 f.
- 15) *SWB*, 2.11.89; *DGB*, 2.-3.11.89; *FCJ*, 6.11.89; *Asiaweek*, 17.11.89.
- 16) *FT*, 19.10.89; *FEER*, 26.10.89, S.19; *Zhengming* (Cheng Ming), Hongkong, Nov.89, S.97 f.
- 17) *FT*, 25.10.89.
- 18) *IHT*, 18.10.89.
- 19) *The Straits Times*, Singapur, 16.11.89.
- 20) Ebenda, 23. und 25.11.89.
- 21) *China Daily*, Beijing, 26.10.89.
- 22) *XNA*, 27.10.89.
- 23) *SZ* und *DGB*, 22.12.89; *NZZ*, 24./ 25.12.89.
- 24) *BRu*, 9.10.84.
- 25) *DGB*, 1.1.90; *SZ*, 2.1.90.
- 26) *dpa*, 31.12.89; *IHT* und *FT*, 2.1.90.

Yu-Hsi Nieh

Zu den jüngsten Wahlen in Taiwan

1. Die Bedeutung der Wahlen vom 2. Dezember

In diesen Monaten herrscht in Taiwan politische Hochsaison. Am 2. Dezember 1989 fanden Wahlen zur Teilerneuerung des wichtigsten staatlichen Parlamentsorgans, Gesetzgebungshaus (Lifayuan), zur Erneuerung der drei Volksvertretungsorgane auf Provinzebene und zur Neubesetzung der 21 Verwaltungsleiter auf Kreisebene statt. Im Januar 1990 folgen Wahlen von Mitgliedern der Kreisparlamente und von Gemeindevorstehern, im kommenden März werden dann der Staatspräsident und der Vizestaatspräsident von der Nationalversammlung neu gewählt. Um die Bedeutung dieser Wahlen zu verstehen, ist hier eine kurze Darstellung des für einige Lager wohl kompliziert erscheinenden politischen Systems der Republik China auf Taiwan angebracht.

Laut Verfassung der Republik China, die 1947 in Nanjing verkündet wurde, gibt es drei Volksvertretungsorgane auf Zentralregierungsebene, d.h. die Nationalversammlung (Guomin dahui), das Gesetzgebungs- und das Kontrollhaus (Jianchayuan). Die Nationalversammlung hat die Hauptaufgaben, alle sechs Jahre den Staatspräsidenten und den Vizestaatspräsidenten zu wählen und ist zuständig für Verfassungsänderungen. Dem Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus obliegt die Verabschiedung von Gesetzen und die Zustimmung zur Ernennung vom Ministerpräsidenten. Das Kontrollhaus verfügt über die Macht des Impeachments sowie der Rechnungsprüfung. Die Mitglieder der Nationalversammlung und des Gesetzgebungs- und des Kontrollhauses werden direkt vom Volk für sechs bzw. drei Jahre, die Mitglieder des Kontrollhauses

von den Volksvertretungsorganen auf Provinzebene für eine Mandatsperiode von sechs Jahren gewählt.

Nach der Niederlage im Bürgerkrieg mit den Kommunisten auf dem chinesischen Festland und ihrem Rückzug nach Taiwan 1949 hatte die Guomindang (Kuomintang, im folgenden GMD)-Regierung die Wahlen zu den drei staatlichen Volksvertretungsorganen bis zur "Rückeroberung des chinesischen Festlands" eingefroren. Obwohl das militärische Ziel in immer weitere Ferne rückt, wurden nationale parlamentarische Wahlen 40 Jahre lang nicht abgehalten. Damit aber parlamentarische Funktionen durch Vergrößerung der noch 1947/48 gewählten Abgeordneten nicht lahmgelegt werden, führte man seit 1969 Wahlen von sogenannten "zusätzlichen Mitgliedern" der drei staatlichen Volksvertretungsorgane ein. Im Unterschied zu ihren "alten" Kollegen, die praktisch ihre Position auf Lebenszeit behalten, haben die zusätzlichen Abgeordneten ein Mandat von drei (im Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus) bzw. sechs Jahren (in der Nationalversammlung) und dem Kontrollhaus). Obwohl die Zahl der zusätzlichen Abgeordneten mehrmals erhöht wurde, bilden die greisen Parlamentarier vom chinesischen Festland bis heute noch immer die überwiegende Mehrheit in allen drei Häusern. So stehen nach den Wahlen vom 2. Dezember im Gesetzgebungs- und dem Kontrollhaus 101 gewählte zusätzliche Abgeordnete 162 "lebenslänglichen" Abgeordneten gegenüber.¹ Einschließlich der am gleichen Tag von der Regierung ausgewählten 29 überseechinesischen Abgeordneten bleibt die Mehrheit beim "alten".

Die Frage der Rolle von Opatka...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

politischen Unabhängigkeit...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

Wahlverfahren...

bzw. kreisfreien Städte von Oppositionellen verwaltet, während die GMD ihre Position in den anderen 14 Kreisen bzw. kreisfreien Städten aufrecht erhält.⁶

3. Wahlkampfthemen, -methoden und Wählerverhalten

Zwischen der Regierungspartei und der Opposition in Taiwan besteht grundsätzliche Meinungsverschiedenheit über die politische Zukunft der Insel. Während die GMD, wie oben bereits erwähnt, immer von einer Rücknahme des chinesischen Festlands spricht und an der für das Gesamtchina gedachte alte Regierungsstruktur festhalten will, tendiert die Opposition deutlich zu einer Unabhängigkeit Taiwans von China. Nach Aufhebung des Ausnahmezustands sind die Wahlkampfparolen der Opposition zur Auflösung der drei "veralteten" staatlichen Parlamentsorgane und zu Volkswahlen des Provinzgouverneurs bzw. des Staatspräsidenten lauter denn je geworden. Zahlreiche radikale Kandidaten der Opposition forderten während des jüngsten Wahlkampfes sogar offen eine neue Verfassung, einen neuen unabhängigen Staat Taiwan, obwohl alle separatistischen Organisationen und Aktivitäten gemäß den neuen Gesetzen nach der Aufhebung des Ausnahmezustands weiter verboten sind.

Um die oppositionellen Angriffe in der Frage zur vollen Parlamentserneuerung zu entschärfen, hat das von der GMD dominierte Gesetzgebungshaus Ende Januar 1989 ein Gesetz zur Förderung des freiwilligen Rücktritts der greisen Abgeordneten bei hoher Abfindungsprämie (3,7 Mio.NT\$ - umgerechnet rd. 140.000 US\$) verabschiedet. Allerdings ist die von der Regierung erwünschte Verjüngung der drei Parlamentsorgane auf diesem Wege bislang nicht erreicht worden, da nur wenige der alten Parlamentarier bereit waren zurückzutreten. Gegen die Unabhängigkeitsforderung trat die Regierungspartei mit dem Argument an, daß ein Verzicht auf die Einheit Chinas die kommunistischen Führer in Beijing zum militärischen Angriff auf Taiwan provozieren werde. In der Tat haben Politiker und die Presse von Beijing in letzter Zeit mit einer Reihe von Warnungen vor den Konsequenzen einer

politischen Unabhängigkeit Taiwans versucht, sich in den Wahlkampf auf der Insel einzumischen.⁷

Neben dem ideologischen Streit tauchten diesmal im Wahlkampf besonders viele persönliche Angriffe unter den Kandidaten auf. Sachliche Programme wie z.B. über die brennenden Umwelt- und Sozialfragen wurden von allen Seiten kaum oder nur kurz behandelt. Rein im Hinblick auf die Wählerstimmen machte die Regierung kurz vor dem Wahltag des 2. Dezember mehrere finanzpolitische Geschenke wie z.B. die überraschende Steuerreform mit Erhöhung des Freibetrags, Herabsetzung des Spitzensteuersatzes, Senkung der neuen Börsenumsatzsteuer von ursprünglich geplanten 1,5% auf 0,6%, der Abtrennung der Einkommensteuerveranschlagung bei Ehepaaren sowie mit der Zinsverbilligung für Baukredite.⁸ Stimmenkauf einzelner Kandidaten bei allen Wahlen ist in Taiwan ein öffentliches Geheimnis. Die durchschnittlichen Wahlkosten eines Kandidaten für Abgeordnete auf Provinzebene wird auf 70-100 Mio.NT\$ (rd. 2,6-3,8 Mio.US\$), für Mitglieder des Gesetzgebungshauses auf 200-300 Mio.NT\$ (rd. 7,6-104 Mio.US\$) und für Kreisleiter auf 700-800 Mio.NT\$ (26,6-30,7 Mio.US\$) oder noch viel mehr geschätzt.⁹

In der Vergangenheit wurde die Regierungspartei häufig der Wahlmanipulation beschuldigt. Auch bei den Wahlen vom 2. Dezember kam es im Kreis Tainan wegen der Verzögerung bei der Stimmenaushaltung zu Unruhen. Doch im großen und ganzen gab es bei den Wahlergebnissen einschließlich des Kreises Tainan keine Zweifel. Es bleibt nur die Frage der Chancengleichheit unter den Parteien. Die GMD, eine Partei mit rund 2,4 Mio. Mitgliedern und dem riesigen Regierungsapparat, verfügt über ungeheure Finanzkraft durch ihre eigenen Unternehmen bzw. die Unterstützung großer privater Unternehmer. Nicht nur in dieser Hinsicht, sondern auch auf dem Gebiet der Massenmedien ist die Opposition stark benachteiligt. Mit der Presseliberalisierung vor zwei Jahren hat die MJD zwar ein eigenes Organ sowie die Unterstützung einiger liberaler Zeitungen, doch sie darf immer noch nicht eigene Rundfunk- und Fernsehsender gründen und auch nicht die von der Regierung bzw. der Regierungspartei gesteuerten Sender für den

Wahlkampf benutzen. Schließlich wurde sie gezwungen, einen geheimen Sender einzurichten und illegal auf Sendung zu gehen.

Von den letzten Wahlergebnissen her gesehen zeigte sich, daß die Stimmen für die MJD überwiegend aus den besser informierten Kreisen der Industriearbeiter, Städtern und Intellektuellen kamen, während die GMD bei der bäuerlichen Bevölkerung, den Mittel- und Oberschichten stark verankert ist. Neben dem politischen Einfluß der Parteien ist das Verhalten vieler Wähler noch mit den privaten Beziehungen zu den einzelnen Kandidaten verbunden. Daß sowohl die radikalen Befürworter der Unabhängigkeit Taiwans als auch die für die Einheit Chinas in den Wahlen gut abgeschnitten haben,¹⁰ spiegelt auch den Pluralismus in der Inselgesellschaft wider. Außerdem ist ein Trend zum Zwei-Parteiensystem sichtbar, da außer der GMD und der MJD die anderen kleinen Parteien bei den Wahlen kaum politisches Gewicht gewonnen haben.

Anmerkungen

- (1) Zahl der greisen Abgeordneten nach *LHB*, 2.12.89; durch Tod und Rücktritt wird sich die Zahl weiter vermindern.
- (2) *LHB*, 4.12.89.
- (3) Ebenda; zu den Wahlergebnissen von 1986 s. auch *C.a.*, Dez. 1986, Ü 41, S.769.
- (4) *LHB*, ebenda; zu den Ergebnissen der Wahlen von 1985 s. Yu-Hsi Nieh, "Volksabstimmung über politisches Vertrauen - Analyse der jüngsten Wahlergebnisse in Taiwan", in: *C.a.*, Dez. 1985, S.821 ff. Über die neue Sitzverteilung in den drei Parlamenten auf Provinzebene gibt es in Presseberichten gewisse Abweichungen voneinander. Die in dieser Arbeit angegebenen Zahlen stützen sich auf einen sorgfältigen Vergleich aller verfügbaren Quellen durch den Autor.
- (5) Ebenda.
- (6) *LHB*, 3. und 4.12.89; Zili Zhoubao, 8.12.89.
- (7) Vgl. dazu Yao Yiping, "Guarding against the ideological trends of 'Taiwan independence' on the island", in: *Liaowang* (Übersetzung), 27.11.89, nach englischem Auszug in: *SWB*, 30.11.89.
- (8) Wu Yingchun, "Mei taohau xuanmin, you gaoza jingji - zhizheng dang xuanjunian jingji zhengce mianmian guan" (Man hat die Wähler nicht gewonnen, dagegen die Wirtschaft geschlagen - Überblick über die Wirtschaftspolitik der Regierungspartei im Wahljahr), in: *Xinxinwen*, Taipei, 4.-10.12.89, S.80 ff.
- (9) *Xinxinwen*, ebenda, S.81.
- (10) Ebenda, S.44, 52.